

**Mouvement gegen Cattenom-Leitung**

"Politische Moral muss auch in Zeiten der Liberalisierung gelten!" so der Mouvement écologique in seiner Stellungnahme zur geplanten Hochspannungsleitung, die die Arcelor-Stahlwerke an das französische Netz anbinden soll. Über die naturschützerischen Bedenken hinaus stellt der Mouvement die Kommodo-Prozedur an sich in Frage. "Hier wird das Pferd von hinten aufgezäumt!", so die Umweltorganisation. Juristisch gesehen, müsse die Regierung zunächst den Antrag der Arcelor-Stromfirma Sotel unter energiepolitischen Gesichtspunkten prüfen und gegebenenfalls genehmigen. Die derzeit in Differdingen und Sanem laufende Prozedur sei "absolut widersinnig", da noch keine solche Genehmigung vorliege. Das Argument der Arcelor, es gehe um die Versorgungssicherheit bei Störfällen, mag der Mouvement nicht so recht glauben. Er wittert einen Komplott der Atom-Lobby: Jean-Paul Hoffmann, seinerzeit Befürworter des Atomkraftwerkes Remerschen, finde sich zum Beispiel im Sotel-Verwaltungsrat wieder. Gebe es erst einmal einen direkten Anschluss an das französische Netz, so werde die Sotel versuchen, die Industriekunden der Cegedel mit billigem Atomstrom abzuwerben. Der Mouvement écologique fordert von der Regierung ein konsequentes Nein zur geplanten Leitung.

**Relative pauvreté**

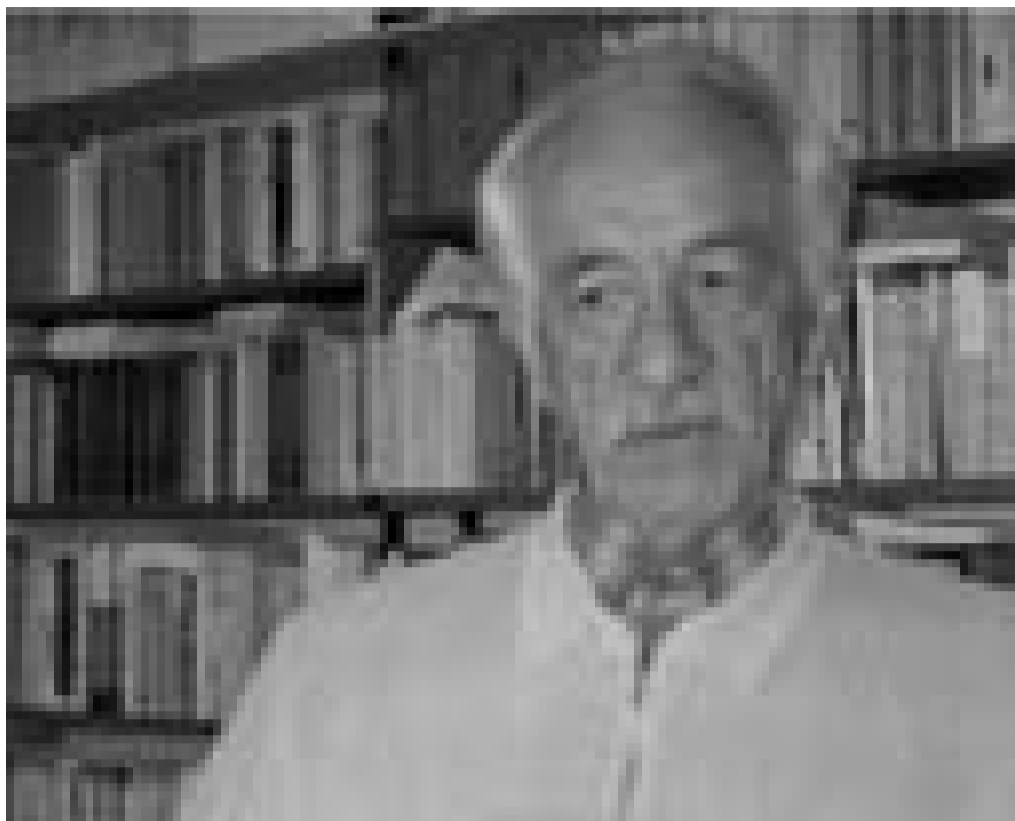
La pauvreté infantine a-t-elle progressé au Luxembourg? C'est ce que le député socialiste Roger Negri voulait savoir dans une question parlementaire adressée à Marie-Josée Jacobs, ministre de la Famille. S'appuyant sur un récent rapport de l'Unicef, le député interroge la ministre sur les 9,1 pour cent d'enfants vivant dans une pauvreté relative - taux plus élevé qu'en France ou en Belgique. Ce même rapport met en lumière une plus forte augmentation du taux de pauvreté des enfants que dans les autres pays membres de l'OCDE: ce taux de 4,2 pour cent n'a été devancé que par la Pologne. Que faire de ces chiffres? Dans sa réponse, la ministre fait dans le relativisme méthodologique: la pauvreté "relative" des enfants peut être déterminée à partir de différents seuils de pauvreté. Le même rapport classe le Luxembourg parmi les pays les plus performants si le seuil est fixé à 40 ou 60 pour cent du revenu médian national au lieu de 50. Quant à l'augmentation de cette pauvreté, les appréciations du Ceps-Instead confirment une certaine stabilisation de 1995 à 2002, attribuant la hausse à l'évolution des outils de mesure. Après toutes ces technicités, la ministre oublie d'indiquer si le gouvernement envisage de poursuivre les recommandations du rapport pour réduire la pauvreté des enfants.

**LSAP-Parteileitung stützt Asselborn**

Trotz kritischer Stimmen in den eigenen Reihen stellt sich die LSAP-Parteileitung hinter die Asylpolitik der Regierung. Sie missbilligt die persönlichen Attacken gegen Außen- und Migrationsminister Jean Asselborn. Die zuständigen LSAP-Minister hätten "gemäß dem Regierungsprogramm den vorhandenen Ermessensspielraum bei Entscheidungen ordentlich genutzt", heißt es in einer Pressemitteilung. Die Parteileitung streicht die Regularisierung von 150 Personen und den Verzicht auf Rückführungen während der Wintermonate hervor. Die SozialistInnen setzen auf das neue Asylgesetz, welches das von der Vorregierung geerbte Problem langer Prozeduren und damit verbundener langjähriger Präsenz von Nicht-Asylberechtigten im Lande beheben würde. Darüber hinaus sieht die LSAP Nachholbedarf: Einerseits reiche die Aufbauhilfe in den "ehemaligen" Krisengebieten nicht aus, und der "Empfang und die Hilfestellung bei Rückführungen" müssten verbessert werden. Die Partei des Vizepremiers bestätigt somit indirekt die parteiinternen KritikerInnen, die bei den jüngsten Rückführungen genau diese Voraussetzungen als unerfüllt betrachtet hatten.

*Im Zweifelsfalle  
zu Gunsten  
der Asylbewerber  
- das fordert  
Nic Klecker, Präsident  
der Menschenrechts-  
kommission.*

(Foto: RK)

**ASYLPOLITIK**

# Menschenrechte sind gefährdet

**woxx: Warum befasst sich die Menschenrechtskommission mit der Gesetzesvorlage zum Asylverfahren?**

**Nic Klecker:** Bei anderen Gesetzen hat die Regierung unsere Kommission beauftragt, ein Gutachten zu erstellen. In diesem Fall sind wir von uns aus aktiv geworden, weil das Recht auf Asyl ein wichtiger Bestandteil der Menschenrechte ist. Diese Gesetzesvorlage ist zweifellos besser als die Vorlage der vorigen Regierung. Wir begrüßen Punkte wie die Anerkennung der nichtstaatlichen Verfolgung und die Einführung eines Vormunds für minderjährige Asylbewerber. Andererseits kritisieren wir bestimmte Einschränkungen oder gar die Gefahr von Rückschritten.

**Was sagt die Kommission zu den Abschiebungen, die derzeit stattfinden?**

Wir verweisen auf das Gutachten zur Situation der abgelehnten Asylbewerber, das wir vor zwei Jahren verfasst hatten. Grundsätzlich sollte in jedem Fall überlegt werden, ob Abschiebungen die Menschenrechte der Betroffenen verletzen. Dabei geht es bei Familien mit Kindern, die schon mehrere Jahre im Land sind, auch um soziale und wirtschaftliche Grundrechte. Eine unserer Forderungen ist, dass die Kinder mindestens ihr Schuljahr abschließen können.

Ein dramatischer Fall ereignete sich vor kurzem, als eine Familie gespalten wurde: Weil die 12-Jährige Tochter sich versteckt hält, wurde ihr Vater zwar abgeschoben, die Mutter und ein anderes Kind aber durften im Lande bleiben. Ich persönlich verurteile dieses Vorgehen scharf. Es verstößt gegen Artikel 8 der Menschenrechtskonvention - Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens. Ein staatlicher Eingriff ist nur in

schweren Fällen möglich - und hier sicher nicht gerechtfertigt.

**Eine langjährige Forderung von MenschenrechtlerInnen wurde endlich erfüllt: Statt im Gefängnis festgehalten zu werden, kommen AsylbewerberInnen vor der Abschiebung in ein "Centre de rétention" am Flughafen. Ein Grund zur Freude?**

Wir hatten Gelegenheit, die Abteilung im Gefängnis zu besichtigen. Diese Menschen waren ordentlich untergebracht, in einer getrennten Abteilung. Aber sie waren im Gefängnis, wo normalerweise Personen eingesperrt werden, die ein Verbrechen begangen haben. Vom Prinzip her gehören abgelehnte Asylbewerber nicht in ein "Centre pénitentiaire".

**Im "Centre de rétention" sind sie noch immer eingesperrt, obwohl sie kein Verbrechen begangen haben.**

Zum Einsperren an sich hat die Kommission nicht Stellung bezogen. Die Situation in einem solchen Centre wird allerdings nicht einfach werden. Es ist Platz für 150 Personen vorgesehen. Wir fordern Begleitmaßnahmen, damit diese Menschen nicht zur Langeweile verdammt sind. Für Kinder muss eine Erziehung gewährleistet werden. Darüber hinaus gilt, dass innerhalb des Centre die Menschenrechte beachtet werden müssen.

Sogar der schlimmste Verbrecher hat dieses Recht, Asylbewerber also umso mehr.

**Eine bedenkliche Neuerung ist auch das so genannte beschleunigte Verfahren. Dabei riskiert man, dass Asylanträge auf die Schnelle abgelehnt werden.**

Wir verlangen, dass die Entscheidung, jemanden dem beschleunigten Verfahren zu unterwerfen, angefochten werden kann. Das ist ein Rechtsprinzip: Ein Asylbewerber muss grundsätzlich gegen jede Entscheidung juristisch vorgehen können.

**Wie bewertet die Kommission die Listen von sicheren Herkunftsländern und sicheren Drittländern, in die Luxemburg AsylbewerberInnen zurückschicken kann?**

Der Luxemburger Staat muss beweisen, dass ein Land sicher ist. Jemanden in ein Land auszuweisen, in dem er einer Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt ist, widerspricht in jedem Fall der Genfer Konvention und auch der europäischen Menschenrechtskonvention. Insbesondere bei Personen, die ohne Papiere ankommen, muss genau festgestellt werden, aus welchem Land sie wirklich kommen.

Schwierig ist, wenn jemand nicht zweifelsfrei beweisen kann, dass er in seinem Herkunftsland verfolgt wird, das Gegenteil aber auch nicht sicher

ist. Wenn die Person im Allgemeinen glaubwürdig erscheint, sollte unserer Meinung nach das Prinzip gelten: im Zweifelsfalle für den Asylbewerber.

**Das schließt doch wohl die Idee aus, ein Land automatisch als sicher einzustufen?**

Es gibt Fälle, wo in einem Land ein politischer Umschwung stattfindet, der die Menschenrechtslage entscheidend verbessert. Wie in Spanien, als die Franco-Diktatur zu Ende ging.

**Gerade in Spanien wurde damals weiter Folter eingesetzt, vor allem gegen baskische Nationalisten.**

Das stimmt, grundsätzlich kann man solche Methoden bei keinem Land von vorneherein ausschließen. Es gibt aber Unterschiede zwischen Diktaturen und Demokratien. Zum Beispiel wurde Großbritannien in den 80er Jahren vor die Straßburger Menschenrechtsinstanzen zitiert, weil die Royal Ulster Constabulary Foltermethoden gegen IRA-Mitglieder angewendet hatte. Die so genannten "five techniques" wurden in einem 500 Seiten starken Bericht dokumentiert, das ist als erwiesen zu betrachten. In einer Demokratie kann also Folter vorkommen. Der Unterschied ist, dass am Ende des Verfahrens Großbritannien von dem Gerichtshof verurteilt wurde. Das Land musste dann für die Wiedergutmachung aufkommen, besser gesagt, die Opfer entschädigen - wiedergutmachen lässt sich so etwas nicht.

**Gerade in so einem Fall wird ein Asylantrag jetzt automatisch abgelehnt: BürgerInnen aus anderen EU-Ländern darf kein Asyl mehr gewährt werden.**

Zu diesem Punkt hat die Kommission keine Stellung bezogen. Wenn sich die politische Situation in einem Mitgliedstaat verändert, kann sehr schnell eine Situation entstehen, wo eigentlich Asyl gewährt werden müsste. Mir persönlich erscheint es nicht richtig, diese Möglichkeit per Gesetz auszuschließen.

**Interview: Raymond Klein**

**Zur Person**

Nic Klecker (76) ist Präsident der seit 2000 bestehenden "Commission consultative des droits de l'homme". Zeitlebens setzte er sich für Menschenrechte ein und war 1970 der erste Präsident von Amnesty International Luxemburg. Von 1975 bis 1982 war er Mitglied der Menschenrechtskommission des Europarats. Er betont seine parteipolitische und weltanschauliche Neutralität. Ein Skeptiker sei er, so Nic Klecker, "die Menschenrechtserklärung, das ist mein Kodex".